

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schöy; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bismarckstr. 38-42. Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Altkreuz Bochum.

### Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität.

Vor mir liegt ein Buch, betitelt: „Almanach“ aus dem Verlag der Kommunistischen Internationale. Es enthält viele interessante Aufsätze, aber, um gleich offen zu sein, nicht einen, der vernünftige Menschen für das Wesen des Kommunismus, so wie er sich in Russland auswirkt, begeistern könnte. Im Gegenteil! Sein Inhalt muß bei allen, die ihre fünf Sinne gesund haben, abstoßend wirken wegen der Brutalität, die aus ihm weht. Es soll an dieser Stelle nicht politisch gegen den Kommunismus polemisiert und auch nicht auf den gesamten Inhalt des 364 Seiten umfassenden Werkes eingegangen werden, sondern nur ein Abschnitt von G. Barga, Volkbeauftragter in der ungarischen Räterepublik seligen Andenkens, der „Das Problem der Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität“ behandelt, ist besprechenswert in einer Gewerkschaftszeitung, weil in ihm eine sozial-wirtschaftliche Arbeiterfrage vom Standpunkt der kommunistischen Diktatur erörtert wird.

Der Verfasser sagt einleitend, daß „jede Revolution eine tiefgehende Forderung der Arbeitsdisziplin“ verurliche. Das sei allenthalben zu beobachten gewesen. In Ungarn habe die Revolution sogar eine vollständige Auflösung der Arbeitsdisziplin bewirkt. In den Fabriken hätten sich Betriebsräte gebildet, welche die Löhne eigenmächtig festsetzten, die misliebigen Direktoren eigenmächtig aus den Betrieben entfernten, einzelne Betriebe „sozialisierten“, d. h. für das Eigentum der Arbeiter des Betriebes erklärten. Die Arbeitsleistung habe sich von Tag zu Tag verringert, „die ganze Produktion sei unaufhaltbar zugrunde“ gegangen. Dieser Zustand, ruft der Verfasser aus, „war es, wofür einige volkswirtschaftlich gebildete ungarische Sozialdemokraten, unter ihnen den Verfasser, zu der Ueberzeugung brachten, daß nur die Diktatur des Proletariats die Wiederherstellung der Produktion möglich mache.“ Nur eine Wahl hätte es gegeben: Proletarische oder kapitalistische Diktatur.

Ist das nicht interessant? Den Vertretern des Herrn-im-Haare-Standpunkts muß angesichts solcher Offenbarungen das Herz im Leibe lachen.

Der weitere Verlauf der Revolution habe sowohl in Russland wie auch in Ungarn „eine weitere Desorganisation der Arbeitsdisziplin, ein weiteres Sinken der Arbeitsleistung“ bewirkt. Es habe daher eine tiefgehende Krise durchgemacht werden müssen. Eine der stärksten Stützen der Arbeitsintensität, das Stücklohnsystem (Affordarbeit), welches auf jeden Fall eine gewisse tägliche Mindestleistung sichert, mußte aufgegeben werden, weil die Einführung des reinen Zeitlohnes eine althergebrachte „bereits ideologisch verknüpfte“, im Kapitalismus begründete Forderung der Arbeiterschaft war.“ Das Beharrungsvermögen der Ideologie habe es mit sich gebracht, „daß diese Forderung auch gegenüber dem die Gesamtheit der Arbeitenden bildenden proletarischen Staat von den Arbeitern mit allem Nachdruck aufrechterhalten wurde.“ Es habe daher zeitweilig dieser Forderung nachgegeben werden müssen und selbstverständlich auch die andere hergebrachte Forderung der Arbeiter, der Achtstundentag hätte sogleich eingeführt werden müssen. Sodann fällt Barga in dem offiziellen kommunistischen Buch folgendes Urteil: „Die von der Massendiktatur befreiten Arbeiter zeigten auch im Arbeitsprozeß eine weitgehende Disziplinlosigkeit. Die Arbeitszeit wurde nicht genau eingehalten, den Anordnungen der Werkführer nicht Folge geleistet, die Arbeitsleistung ging stark zurück. Es war dies eine natürliche Folge der habgierigen, egoistischen Gesinnung des überwiegenden Teiles der Arbeiter.“ Das sind unheimlich harte Worte von einem Kommunisten in einem offiziellen Buch dieser Partei ausgesprochen. Bräde sie ein sozialistischer Gewerkschaftler aus, dann würde der Stab von den Kommunisten und Unionisten über diesen „Verräter“ gebrochen. Aber was zeigt uns das ganze? Daß jene Recht hatten, die da sagten, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei nicht nur eine Machfrage, sondern auch eine Angelegenheit der Erziehung des Volkes zum Gemeinnutz. Weil dieser nicht da war, darum die Diktatur des Proletariats. Gegen wen? Gegen sich selbst! Daß aber das Proletariat gegen sich selbst eine Diktatur ausübt, ist unfernig. Sie wird dann immer nur ausgeübt von wenigen, die sich auf bewaffnete Soldtruppen stützen. Siehe Russland. Damit sich dort das System der sogenannten „proletarischen“ Diktatur halten kann, benötigt man Millionen Soldaten, unterhalten von den Arbeitenden zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Erziehung. Das ist die Ironie des Schicksals, daß jene, die sich mitten mit der Hände und des Kopfes Arbeit um das tägliche Brot, ihre eigenen Reinger auch noch unterhalten müssen.

Aber noch kurz zurück zu dem kommunistischen Aufsatz von Barga. Er erzählt, daß, sobald die primitivste Organisationsarbeit geleistet war, der Kampf für die Wiederherstellung der Produktion aufgenommen wurde. Zuerst habe man es mit Ar-

tikeln und Reden versucht und den Arbeitern auseinandergelegt, daß niemand mehr Güter verteilen könnte, als produziert würden, daß eine Erhöhung der Lebenshaltung in jeder Staatsform nur durch erhöhte Produktion möglich sei. Diese Aufklärung habe bei wenigen gewirkt, denn die Metallarbeiter seien in vielen Fabriken zur Affordarbeit zurückgekehrt. Die Erhöhung des Verdienstes durch die Affordarbeit habe aber in der Diktatur nicht die Bedeutung wie im Kapitalismus, „wo jedes Geldeinkommen ohne weiteres in reale Güter umgewandelt werden kann.“ Weil es an Waren fehlte, habe man erzwungen, „durch materielle Vorteile eine Erhöhung der Intensität der Arbeit und der Produktion“ zu erzielen. In Ungarn habe der Plan bestanden, „sowohl individuelle als auch kollektive Mehrleistungen der Betriebe mit einer Extrazulassung von Kleidungsstücken oder Luxusgegenständen zu belohnen.“ Dieser „Plan kam aber nicht mehr zur Ausführung“, weil — nun, weil die Gerlichkeit zusammenbrach.

Zur weiteren Behebung der Leistung der Arbeiter hatte der „Oberste Wirtschaftsrat eine Art Disziplinarcode“ ausgearbeitet, dessen „wesentlichste Punkte“ folgende waren:

„Nacht sich ein Arbeiter eines Disziplinvergehens schuldig, kommt er zu spät zur Arbeit, unterdrückt er die mühselige, widersteht er sich den Anordnungen der hierzu Befugten usw., so gelten folgende Bestimmungen:

1. Verweis durch den Betriebsrat.
2. Anschlag seines Namens mit der Bezeichnung des Grundes an die schwarze Tafel der Fabrik.
3. Verziehung an eine andere Arbeitsstelle des Betriebes.
4. Reduzierung seines Verdienstes entsprechend seiner geringeren Arbeitsleistung.
5. Entlassung aus dem Betrieb, eventuell Ausschluß aus allen Betrieben der Gemeinschaft, mit oder ohne Entziehung der Arbeitslosenunterstützung.
6. Ausschluß aus der Gewerkschaft, was die Notwendigkeit eines Berufswechsels nach sich zieht.

Alle diese Strafbestimmungen, die von Milde nichts erkennen lassen, erscheinen der Kommunistischen Internationale so bedeutungsvoll, daß sie in geipertem Druck wiedergegeben sind. Alle Strafen wurden auch „der ganzen Arbeiterschaft des Betriebes als warnendes Beispiel kundgegeben.“

Auch wurde nach Barga eine Mindestleistung festgesetzt. Neue Arbeiter, welche diese Leistung nicht erreichen, verfallen den obigen Strafen, betont er ausdrücklich und wörtlich.

„Aber“, fährt der Kommunist Barga fort, „die allgemeine Seelenverfälschung der Arbeiterschaft einzelner Betriebe oder ganzer Betriebszweige kann so verheerend sein, daß zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden muß. Bei einzelnen Betrieben wird der verlotterte Betrieb stillgelegt, die besseren Arbeiter in andere Betriebe untergebracht, die schlechteren auf eine Zeit arbeitslos gemacht. Handelt es sich um ganze Betriebszweige, so muß zum Mittel der Personal-diktatur gegriffen werden, wie dies in Russland bei den Eisenbahnen geschehen ist.“ Barga bringt in diesem Zusammenhang eine Stelle aus einer Rede von Lenin über „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, die wie folgt lautet:

„Jede maschinelle Großindustrie, d. h. eben die Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus, erfordert die bebingungslose und strenge Einheit des Willens, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenkt. Aber wie kaum die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines Einzigen. Diese Unterordnung kann bei idealer Erkenntnis und Diszipliniertheit des an der allgemeinen Arbeit Beteiligten mehr an die linke Leitung eines Orchesterspielenden erinnern. Sie kann die scharfe Form eines Diktatoriums annehmen — wenn keine ideale Diszipliniertheit und Erkenntnis vorhanden sind. Aber so oder anders ist die widerspruchsfolle Unterordnung unter den Willen eines Einzigen von Arbeitsprozessen, die nach dem Typus einer maschinellen Großindustrie organisiert sind, unbedingt notwendig.“

Das ist die wirtschaftliche Idealfassung des Kommunismus, des Unionismus. Nirgends persönlich freier Wille, nirgends ein Mitbestimmungsrecht, sondern Zehntausende sollen und müssen „sich unterordnen unter den Willen eines Einzigen, widerspruchsflos unterordnen. Die deutschen Arbeiter können sich, trotz aller Not, in der sie sich befinden, glücklich preisen, von dergleichen Einrichtungen verberntet zu sein. Eine Arbeitsintensität, die auf Zwang beruht, wird und kann nicht dauernd Bestand haben. Neben dem Verlangen nach gesellschaftlichen Produktionsformen muß einhergehen die Erziehung des Volkes zum Gemeinnutz. Eins ist nicht denkbar ohne das andere. Wo dennoch versucht wird, restlose Gemeinwirtschaft durchzuführen, ohne das Volk hierfür erziehen zu haben, werden stets rohe Kräfte jählos walten, wie dies nach Barga in Ungarn war und in Russland gegenwärtig noch ist.

### Die Bochumer Revierkonferenz.

Eine außerordentlich wichtige Revierkonferenz unseres Verbandes für das Ruhrgebiet fand am 18. August in der Bürgergesellschaft in Bochum statt. Gegenstand der Beratung war Stellungnahme zu den neu vereinbarten Richtlinien für die Betriebsräte und zur Kohlenlage Deutschlands. Die neuen Richtlinien fanden nach dem Referat des Kameraden Martindler teilweise lebhaften Widerspruch. Die Kameraden Oberhage, Essen, Tesch, Bochum, Sorhage, Dortmund, Gätje, Gillinghofen und Kallmer, Neulinghausen vertraten die bisherige Auffassung, die Richtlinien bedeuten eine Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand, manche Betriebsräte hätten sich schon mehr Rechte errungen, als in den neuen Richtlinien festgelegt sei. Andere Kameraden wie Baktrusch, Gladbeck und Wolf, Gamm, konnten sich nicht für die Ablehnung entscheiden. Kamerad Martindler wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß von keiner Seite die Behauptung aufgestellt worden sei, daß die neuen Richtlinien schlechter seien als die alten. Es müsse abgesehen werden, daß sie gegenüber den alten Richtlinien wesentliche Verbesserungen enthalten und deshalb könne nicht die Rede

haben sein, die neuen Richtlinien abzulehnen und nach den alten zu arbeiten. Wollte die Konferenz die Richtlinien ablehnen, so müßte sie erklären, daß die Betriebsräte überhaupt ohne Richtlinien arbeiten sollten und das sei eine so bedenkliche Sache, daß man sie nicht empfehlen könne. Von den Betriebsräten, die sich in Einzelfragen Rechte errungen hätten, die von den neuen Richtlinien nicht erfüllt würden, müsse ermahnt werden, daß sie diese Rechte auch schweben lassen. Manche Wünsche, die in der Konferenz geäußert worden seien, wie die Wiltigung bei Einstellungen und Entlassungen, könnten überhaupt nicht durch Richtlinien, sondern nur durch Änderung des Gesetzes erfüllt werden. — Bei der Abstimmung wurden von 298 Anwesenden 277 Stimmen abgegeben, davon lauteten 174 mit Ja, 98 mit Nein, 5 waren unglücklich. Die Richtlinien sind damit auch von unserem Verband angenommen worden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Kohlenlage Deutschlands“ referierte Kamerad Dr. Berger. In knappen Zügen entrollte er ein Bild von der traurigen Lage, in der sich Deutschlands Kohlenwirtschaft befindet. Seit Jahren liegt in Deutschland die Kohlen über einen jeweils mehr oder weniger heftig auftretenden Kohlemangel nicht verkommen. Die Ursachen dafür sind schon des öfteren näher dargestellt worden: es ist einmal die Verkürzung der Kohlenbede infolge der Abtrennung wichtiger Kohlenproduktionsgebiete durch den Versailler Vertrag, weiter die zunehmenden verschärften Reparationsverpflichtungen, ferner eine Anzahl Produktionshemmnungen, die teils als Kriegsfolgen, teils als Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftung des Bergbaues anzuzurechnen sind. Durch die Abtrennung des an Kohlen reichsten Teiles Oberschlesiens und infolge eines hauptsächlich durch Abwanderung von rund 25000 Bergarbeitern bedingten Förderrückganges im Ruhrgebiet wurde der Brennstoffmangel erneut zur Kohlennot.

Deutschland war vor dem Kriege ein Kohlenausfuhrland. Der Ausfuhrüberschuß an Steinkohle betrug 34 Millionen Tonnen. Das deutsche Reich war, wie der englische Volkswirt Keynes treffend bemerkt, weit eher auf Kohle und Eisen, als auf Bier und Eisen aufgebaut. Der Versailler Vertrag und die in seinem Zusammenhange abgeschlossenen Kohlenlieferungsverträge, insbesondere der Vertrag von Spa, haben die frühere Kohlenbasis der deutschen Wirtschaft erheblich beschnitten. Kohlen, die wir vor dem Kriege in unseren eigenen Grenzen hatten, müssen wir jetzt aus dem Ausland einführen und — weil uns andere Zahlungsmittel nicht zur Verfügung stehen — mit den Produkten unserer Handarbeit bezahlen.

Man berechnet, daß der Einfuhrbedarf Deutschlands an Kohlenstoffen jährlich um 2 1/2 Milliarden Goldmark bedürft. Diese Summe drückt auf unsere Zahlungsbilanz und wirkt neben gewiß nicht vorzunehmenden anderen Faktoren ungünstig auf unsere Zahlungsbilanz und damit zugleich auch verschlechternd auf unsere Währung. So sind in den letzten Monaten ganz bedeutende Summen für Kohlenimporte an das Ausland abgeführt worden. Die Einfuhrkosten für hauptsächlich aus England kommende Kohle sind rapide angewachsen. Im Mai kamen aus England rund 720 000 T., im Juni rund 1 1/2 Mill. und im Juli 1 5 Mill. T. Die Möglichkeit, die Kohlenbilanz durch vermehrte Einfuhren auszugleichen, ist aber durch den Marktzusammenbruch erheblich herabgemindert. Dazu kommt, daß die Anforderungen der Reparationskohle noch eingehender Begründung seitens der deutschen Regierung nicht herabgemindert wurden, im Gegenteil, das neue Sarthe-programm ist ungünstiger als früher und entzieht uns vor allem größere Mengen an Roß- und Qualitätskohle, obwohl bekannt ist, daß von einem Brennstoffmangel in den reparationsberechtigten Ländern keine Rede sein kann.

Die Vorkriege, die der deutschen Industrie zur Verfügung stehen, lassen erste Befürchtungen für die nächste Zukunft nicht unberührt erscheinen. Selbst wenn man einige offensichtlichen Uebelretreibungen der Unternehmenspresse abzieht, so bleibt immer noch ein bedrohliches Bild. Unter Industrie arbeiter mit einem nicht voll ausgenutzten Produktionsapparat, der Beschäftigungsgrad bleibt hinter der Beschäftigungsfähigkeit zurück, was schon daran zu erkennen ist, daß von 250 Schloten nur 150 unter Feuer stehen. Freigie Schloten sind ausgefallen in einer Zeit, wo im Ausland immer mehr Schloten wieder in Brand gesetzt werden und Deutschland immer größere Mengen Eisen aus dem Ausland beziehen muß. Der Kitten jechen selbstverbrauch ist wiederholt vom Reichskohlenkommissar eingeschränkt worden. Die Eisenbahn hat nur noch für etwa 12 Tage Bestand. Sollte sie ihre Bestände nicht noch mit englischer Kohle verlagern können, wäre die Menge nur für noch längere Zeit ausreichend. Der Bedarf an englischer Kohle für die Eisenbahn beziffert sich auf monatlich 300 000 Tonnen. Einzelne Direktionsbezirke haben nur für ganz wenige Tage Dienstkohlenvorräte. Dazu stehen die Erntetransporte vor der Tür. Für den Hausbrand fehlen die Winterbarräte noch fast vollständig. Besonders schlimm ist die Lage in den von den Produktionsstätten weiter entfernten ländlichen Gebieten, insbesondere in Süddeutschland, wohin auch die fremde Kohle nur mit hohen Verlusten gelangen kann. Die Gas- und Elektrizitätswerke haben nur für zwei bis sechs Tage Bestände und sind zum allergrößten Teil auf den Bezug englischer Kohle angewiesen. Sogar im Ruhrgebiet selbst haben Elektrizitätswerke zum Bezug englischer Kohle übergehen müssen. Die großen Werke leben von der Hand in den Mund. Geringe Störungen im Kohlenanlauf können Produktionseinstellungen, wenn nicht gar Stillstand zahlreicher Werke, damit Arbeitslosigkeit, nach sich ziehen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es braucht von außen Lebensmittel und Rohstoffe, die es wieder nur mit den Produkten seiner Arbeit bezahlen kann. Wir müssen unseren Produktionsapparat im Gang halten, denn bei der gegenwärtigen Teuerung bedeutet Arbeitslosigkeit zugleich Hunger und Not. Die Folgen einer möglichen Arbeitslosigkeit hat in allererster Linie wieder die Arbeiterschaft zu tragen. Die Bergarbeiter haben als wirtschaftlich wichtigste Arbeiterkategorie diese wirtschaftlichen Tatsachen bei ihren Sanftlungen und Entschlüssen gebührend zu würdigen. Eine Gewerkschaftspolitik ist nur so lange richtig, d. h. erfolgreich — in der Politik entscheidet bekanntlich immer und nur der Erfolg —, als sie mit der Entwicklung und den Bedürfnissen der Volkswirtschaft im Einklang steht. Es wäre sinnlos, wollte man sich von der Wirklichkeit ein weniger untreutliches Bild machen, als es mit der Wahrheit belegen kann.

Jeder einzelne von uns ist mit verantwortlich; nicht nur der Vorstand allein trägt die Verantwortung. Wir haben, wie es unsere Pflicht war, die Kohlenkonferenz aufmerksam beobachtet und haben gefunden, daß seit unserem letzten Zusammensein Ereignisse eingetreten sind, zu denen der Vorstand allein nicht mehr abschließende Stellung nehmen kann. Deshalb haben wir Ihnen einen Bericht über die Kohlenlage erstatten lassen. Wir müssen uns Mittel und Wege überlegen, wie wir die heimische Brennstoffversorgung aufrechterhalten können, denn es gilt, einem furchtbaren bedrohlichen Velle zu helfen.

Kamerad Schmidt gab eine Uebersicht über die Stellungnahme der Kameraden in den verschiedenen Bezirken zu der Frage der Ueberbrücken. Der Verbandsvorstand wolle in dieser Frage keine Vorschläge machen, sondern die Entscheidung und Verantwortung dem pflichtgemäßen Ermessen der Konferenz überlassen. Auf keinen Fall aber dürften einzelne Betriebsräte mit einzelnen Werkverwaltungen Ueberbrückenabkommen abschließen.

In der Debatte kamen Kameraden aus Neulinghausen, Essen, Bottrop, Holzwickede usw. zum Wort. Ihre Ausführungen unterstrichen den Ernst der Lage und ließen erkennen, daß die überwiegende Meinung der Kameraden im Revier dahin geht, daß es notwendig erscheine, die Frage der Ueberarbeit durch Vereinbarung von Organisation zu Organisation zu regeln und die Entwicklung der Dinge nicht dem durch die wirtschaftliche Not gepeinigten Willen der einzelnen Bezirke zu überlassen. Gegen Ueberarbeit in Form des Anhängens einer Stunde an die gewöhnliche Schicht sprachen sich fast alle Kameraden aus, wenn Ueberarbeit nicht zu vermeiden sei, solle man es mit einer halben Ueberbrücke pro Woche versuchen. Mit 155 gegen 100 Stimmen fand nach Abschluß der Debatte folgende Entschliessung Annahme:

„Die am 13. August in Bochum in der „Bürgergesellschaft“ tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der heimischen Steinkohlengewinnung und -verorgung.

Der durch die Gebietsabstretungen bedingte Verlust von rund einem Drittel der deutschen Steinkohlenförderung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das Äußerste, lähmt den Verkehr und hindert besonders die Arbeitnehmerschaft daran, sich mit Hausbrandkohle versorgen zu können. Trotz dieser ungeheuren Belastung der deutschen Wirtschaft legt das Spa-Abkommen dem deutschen Volke die Verpflichtung auf, weitere 24 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich an die Entente zu liefern.

Die Aufrechterhaltung bestehender Verpflichtung muß, wenn nicht sofort außerordentliche Mittel zur Abdeckung ergreifen werden,

morden: es ist einmal die Verkürzung der Kohlenbede infolge der Abtrennung wichtiger Kohlenproduktionsgebiete durch den Versailler Vertrag, weiter die zunehmenden verschärften Reparationsverpflichtungen, ferner eine Anzahl Produktionshemmnungen, die teils als Kriegsfolgen, teils als Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftung des Bergbaues anzuzurechnen sind. Durch die Abtrennung des an Kohlen reichsten Teiles Oberschlesiens und infolge eines hauptsächlich durch Abwanderung von rund 25000 Bergarbeitern bedingten Förderrückganges im Ruhrgebiet wurde der Brennstoffmangel erneut zur Kohlennot.

Deutschland war vor dem Kriege ein Kohlenausfuhrland. Der Ausfuhrüberschuß an Steinkohle betrug 34 Millionen Tonnen. Das deutsche Reich war, wie der englische Volkswirt Keynes treffend bemerkt, weit eher auf Kohle und Eisen, als auf Bier und Eisen aufgebaut. Der Versailler Vertrag und die in seinem Zusammenhange abgeschlossenen Kohlenlieferungsverträge, insbesondere der Vertrag von Spa, haben die frühere Kohlenbasis der deutschen Wirtschaft erheblich beschnitten. Kohlen, die wir vor dem Kriege in unseren eigenen Grenzen hatten, müssen wir jetzt aus dem Ausland einführen und — weil uns andere Zahlungsmittel nicht zur Verfügung stehen — mit den Produkten unserer Handarbeit bezahlen.

Man berechnet, daß der Einfuhrbedarf Deutschlands an Kohlenstoffen jährlich um 2 1/2 Milliarden Goldmark bedürft. Diese Summe drückt auf unsere Zahlungsbilanz und wirkt neben gewiß nicht vorzunehmenden anderen Faktoren ungünstig auf unsere Zahlungsbilanz und damit zugleich auch verschlechternd auf unsere Währung. So sind in den letzten Monaten ganz bedeutende Summen für Kohlenimporte an das Ausland abgeführt worden. Die Einfuhrkosten für hauptsächlich aus England kommende Kohle sind rapide angewachsen. Im Mai kamen aus England rund 720 000 T., im Juni rund 1 1/2 Mill. und im Juli 1 5 Mill. T. Die Möglichkeit, die Kohlenbilanz durch vermehrte Einfuhren auszugleichen, ist aber durch den Marktzusammenbruch erheblich herabgemindert. Dazu kommt, daß die Anforderungen der Reparationskohle noch eingehender Begründung seitens der deutschen Regierung nicht herabgemindert wurden, im Gegenteil, das neue Sarthe-programm ist ungünstiger als früher und entzieht uns vor allem größere Mengen an Roß- und Qualitätskohle, obwohl bekannt ist, daß von einem Brennstoffmangel in den reparationsberechtigten Ländern keine Rede sein kann.

Die Vorkriege, die der deutschen Industrie zur Verfügung stehen, lassen erste Befürchtungen für die nächste Zukunft nicht unberührt erscheinen. Selbst wenn man einige offensichtlichen Uebelretreibungen der Unternehmenspresse abzieht, so bleibt immer noch ein bedrohliches Bild. Unter Industrie arbeiter mit einem nicht voll ausgenutzten Produktionsapparat, der Beschäftigungsgrad bleibt hinter der Beschäftigungsfähigkeit zurück, was schon daran zu erkennen ist, daß von 250 Schloten nur 150 unter Feuer stehen. Freigie Schloten sind ausgefallen in einer Zeit, wo im Ausland immer mehr Schloten wieder in Brand gesetzt werden und Deutschland immer größere Mengen Eisen aus dem Ausland beziehen muß. Der Kitten jechen selbstverbrauch ist wiederholt vom Reichskohlenkommissar eingeschränkt worden. Die Eisenbahn hat nur noch für etwa 12 Tage Bestand. Sollte sie ihre Bestände nicht noch mit englischer Kohle verlagern können, wäre die Menge nur für noch längere Zeit ausreichend. Der Bedarf an englischer Kohle für die Eisenbahn beziffert sich auf monatlich 300 000 Tonnen. Einzelne Direktionsbezirke haben nur für ganz wenige Tage Dienstkohlenvorräte. Dazu stehen die Erntetransporte vor der Tür. Für den Hausbrand fehlen die Winterbarräte noch fast vollständig. Besonders schlimm ist die Lage in den von den Produktionsstätten weiter entfernten ländlichen Gebieten, insbesondere in Süddeutschland, wohin auch die fremde Kohle nur mit hohen Verlusten gelangen kann. Die Gas- und Elektrizitätswerke haben nur für zwei bis sechs Tage Bestände und sind zum allergrößten Teil auf den Bezug englischer Kohle angewiesen. Sogar im Ruhrgebiet selbst haben Elektrizitätswerke zum Bezug englischer Kohle übergehen müssen. Die großen Werke leben von der Hand in den Mund. Geringe Störungen im Kohlenanlauf können Produktionseinstellungen, wenn nicht gar Stillstand zahlreicher Werke, damit Arbeitslosigkeit, nach sich ziehen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es braucht von außen Lebensmittel und Rohstoffe, die es wieder nur mit den Produkten seiner Arbeit bezahlen kann. Wir müssen unseren Produktionsapparat im Gang halten, denn bei der gegenwärtigen Teuerung bedeutet Arbeitslosigkeit zugleich Hunger und Not. Die Folgen einer möglichen Arbeitslosigkeit hat in allererster Linie wieder die Arbeiterschaft zu tragen. Die Bergarbeiter haben als wirtschaftlich wichtigste Arbeiterkategorie diese wirtschaftlichen Tatsachen bei ihren Sanftlungen und Entschlüssen gebührend zu würdigen. Eine Gewerkschaftspolitik ist nur so lange richtig, d. h. erfolgreich — in der Politik entscheidet bekanntlich immer und nur der Erfolg —, als sie mit der Entwicklung und den Bedürfnissen der Volkswirtschaft im Einklang steht. Es wäre sinnlos, wollte man sich von der Wirklichkeit ein weniger untreutliches Bild machen, als es mit der Wahrheit belegen kann.

Jeder einzelne von uns ist mit verantwortlich; nicht nur der Vorstand allein trägt die Verantwortung. Wir haben, wie es unsere Pflicht war, die Kohlenkonferenz aufmerksam beobachtet und haben gefunden, daß seit unserem letzten Zusammensein Ereignisse eingetreten sind, zu denen der Vorstand allein nicht mehr abschließende Stellung nehmen kann. Deshalb haben wir Ihnen einen Bericht über die Kohlenlage erstatten lassen. Wir müssen uns Mittel und Wege überlegen, wie wir die heimische Brennstoffversorgung aufrechterhalten können, denn es gilt, einem furchtbaren bedrohlichen Velle zu helfen.

Kamerad Schmidt gab eine Uebersicht über die Stellungnahme der Kameraden in den verschiedenen Bezirken zu der Frage der Ueberbrücken. Der Verbandsvorstand wolle in dieser Frage keine Vorschläge machen, sondern die Entscheidung und Verantwortung dem pflichtgemäßen Ermessen der Konferenz überlassen. Auf keinen Fall aber dürften einzelne Betriebsräte mit einzelnen Werkverwaltungen Ueberbrückenabkommen abschließen.

In der Debatte kamen Kameraden aus Neulinghausen, Essen, Bottrop, Holzwickede usw. zum Wort. Ihre Ausführungen unterstrichen den Ernst der Lage und ließen erkennen, daß die überwiegende Meinung der Kameraden im Revier dahin geht, daß es notwendig erscheine, die Frage der Ueberarbeit durch Vereinbarung von Organisation zu Organisation zu regeln und die Entwicklung der Dinge nicht dem durch die wirtschaftliche Not gepeinigten Willen der einzelnen Bezirke zu überlassen. Gegen Ueberarbeit in Form des Anhängens einer Stunde an die gewöhnliche Schicht sprachen sich fast alle Kameraden aus, wenn Ueberarbeit nicht zu vermeiden sei, solle man es mit einer halben Ueberbrücke pro Woche versuchen. Mit 155 gegen 100 Stimmen fand nach Abschluß der Debatte folgende Entschliessung Annahme:

„Die am 13. August in Bochum in der „Bürgergesellschaft“ tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der heimischen Steinkohlengewinnung und -verorgung.

Der durch die Gebietsabstretungen bedingte Verlust von rund einem Drittel der deutschen Steinkohlenförderung gefährdet die gesamte deutsche Industrie auf das Äußerste, lähmt den Verkehr und hindert besonders die Arbeitnehmerschaft daran, sich mit Hausbrandkohle versorgen zu können. Trotz dieser ungeheuren Belastung der deutschen Wirtschaft legt das Spa-Abkommen dem deutschen Volke die Verpflichtung auf, weitere 24 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich an die Entente zu liefern.

Die Aufrechterhaltung bestehender Verpflichtung muß, wenn nicht sofort außerordentliche Mittel zur Abdeckung ergreifen werden,

In aller Eile zum vollständigen Zusammenbruch der deutschen und damit der europäischen Wirtschaft führen.

In Anbetracht dieses Zustandes und in Würdigung der Tatsache, daß der abgeklärte Montellartvertrag den Bergarbeitern einseitige Rechte garantiert und das verarbeitete Arbeitsgut die Arbeitskraft im Bergbau endgültig regelt, beauftragt die Konferenz den Verhandlungsausschuß, sofort mit den zuständigen Stellen Verhandlungen einzuleiten, um den aus der Kohlennot drohenden Gefahren zu begegnen.

Mit diesem Beschluß hat die Konferenz erklärt, daß sie die Verantwortlichkeit der Wirtschaft mit dem Interesse der Arbeiter zu verbinden weiß. Dieser Beschluß wird jetzt sofortmöglichst in allen in der letzten Arbeiterkonferenz, wenn nicht unmittelbar durch den abgeklärten Montellartvertrag bringende Wünsche der Bergarbeiterbewegung und wenn nicht durch das Arbeitsgesetz die gesetzliche Lebensunterstützung garantiert worden wäre.

Das Echo der Konferenz.

Der Beschluß der Konferenz hat die kommunistische Presse wieder in die gewohnte heftige Aufregung versetzt. Sie haben es dem Bergarbeiterverbande an verdreht, daß er sich nicht vorher mit der Leitung der Union in Verbindung gesetzt hat, um die zu ergreifenden Maßnahmen mit diesem kleinen Götzein zu besprechen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

Wir bestreiten nicht, daß sich die Unionisten wohl Mühe geben, die Zusammenhänge auch der deutschen Volkswirtschaft verstehen zu lernen. Doch dürfte ihre nationalökonomische Einsicht noch nicht ausreichen, um sie zu einem objektiven Urteil zu befähigen.

ruhig zusehen sollen, wie durch solche Ueberführungen die Arbeitskraft der Bergarbeiter ohne Rücksicht auf die Zukunft unverantwortlich ausgenutzt wird. Kommerab, das Geschick der Kommunisten und Unionisten soll uns nicht täuschen. Die Zeiten sind ernst, lockernst. Zwangsmacher sind nur für ruhige Zeiten am Plage.

26. Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Der dritte Verhandlungstag wurde im wesentlichen ausgefüllt mit der Aussprache über die befehlensmäßige Durchführung internationaler Beschlüsse.

Der belgische Kamerad Dajardin erläuterte hierzu den Bericht. Er sagte: Die Entwicklung in der Kohlenindustrie ist der beste Beweis, daß sich der Markt für die Großindustrie immer mehr internationalisiert. Wo in Genuß der Kongreß tagte, herrschte in der ganzen Welt die Kohlennot und die Gewerkschaften aller Länder glaubten, daß wir eine Macht gewonnen sind. Einige Länder glaubten sogar den Schicksalstag in sichbarer Nähe zu haben, die Unbestimmtheit schien vor der Vermittlung zu stehen und die Hoffnung bestand, daß die Kohle, das „Brot der Industrie“, in absehbarer Zeit dem Machtbereich des Kapitalismus entzogen sein werde. Da kam die Krise der großen Stodung und unsere Hoffnung verflüchtete sich. Die Stagnation hat unsere Erwartungen zunichte gemacht und das Unternehmertum übt eine unbeschränkte Herrschaft aus.

Es gibt nur ein Mittel, um zur Besserung der Verhältnisse zu kommen, und dieses ist die internationale Aktion. Die Bergarbeiterinternationale kann auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung an erster Stelle genannt werden, jedoch hat sie ihre Aktivität bisher hinter Forderungen verschleppen müssen. Da der Markt einen internationalen Charakter annimmt, muß auch unsere Tätigkeit in moralischer und materieller Hinsicht sich auf dieses Gebiet der Wirklichkeit beziehen. Ueberall muß ein einheitliches Programm angenommen und denselben Zielen zugewandt werden, wobei immer noch die nationale Eigenart und die Eigentümlichkeit von Klasse und Land Berücksichtigung finden können.

Schon der Genfer Kongreß hat einen Beschluß gefaßt, der eine Menschenschänderei wie die von 1914 verhindern soll. Die Gefahr eines neuen Kriegsausbruches muß durch einen Weltstreik gebannt werden.

Dajardin legte nun dem Kongreß folgende Entschlüsse vor:

- 1. den Beschluß des Genfer Kongresses betreffend den internationalen Generalstreik im Falle eines Krieges und ersucht den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen zu ergreifen, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein;
- 2. beschließt: das Bureau des Internationalen Bergarbeiterbundes zu beauftragen, als Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses aller Bergarbeiterinternationale an geschlossenen Organisationen zu setzen: Prüfung der Mittel für eine internationale Aktion und Mitteilung der gewonnenen Maßnahmen an den internationalen Sekretär;
- 3. sich unverzüglich mit den Bergbauarbeitern der verschiedenen Länder in Verbindung zu setzen, um dieselben Gewerkschaftsorganisationen ins Leben zu rufen, deren Anschluß an die Bergarbeiterinternationale zu bewerkstelligen, auf Grund des Programms und auf der Basis der von der Internationale festgesetzten Richtlinien;
- 4. das Internationale Komitee zu beauftragen, mit größtmöglicher Raschheit alle praktischen Maßnahmen anzugeben, die geeignet sind, die Beziehungen mit der amerikanischen Bergarbeiterorganisation wirksamer zu gestalten.

Den französischen Delegierten ging diese Entschlüsse nicht weit genug. Der französische Kamerad Parthuel redete in temperamentvoller Weise das Wort einer von seinen Landsleuten vorgelegten Entschlüsse, welche lautet:

- 1. Die Mobilisierung der Kräfte der internationalen Bergarbeiter für einen Streik von 24 Stunden, auf Entschlüsse und im Auftrag des Internationalen Komitees, als erste Warnung und als Antwort auf die Angriffe von Seiten der Unternehmer.
- 2. Eine internationale Bergarbeiterstreik von längerer Dauer zur Verwirklichung einer oder mehrerer internationaler Forderungen, welche durch das Internationale Komitee zu bestimmen sind.
- 3. Vorbereitungen zu einem internationalen Bergarbeiterstreik gemäß eines vom Internationalen Komitee zu bestimmenden Planes, um sich jedem erneuten Streik zu widersetzen.

Nachdem alle Länder wählten sich gegen diese französische Resolution. Ein englischer Kamerad wunderte sich darüber, daß gerade aus jenen Ländern: die radikalsten Vorkämpfer kommen, wo die Organisationen am schwächsten und zur Untätigkeit verurteilt sind. Ein US-amerikanischer Proteststreik würde die Unternehmer nicht schrecken, am allerwenigsten die französischen.

Die von den Belgiern vorgelegte Entschlüsse wurde alsdann mit 86 gegen 16 Stimmen (Franzosen und einige Tschechen) angenommen. Am vierten Verhandlungstage berichtete der Sekretär Hodges über den Ausbau eines Internationalen Informationsbureaus. Beschlossen wurde, daß ein Mitteilungsblatt in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgegeben werden soll. Die Entschlüsse hierzu lautet:

Das Internationale Komitee wird beauftragt, Vorbereitungen zu treffen, um in bezug auf die Arbeitsbedingungen im Bergbau der ganzen Welt den Bergarbeitern aller Länder in möglichst vollständiger Weise Nachrichten zu übermitteln sowie zur Herausgabe eines Internationalen Bergarbeiter-Mitteilungsblattes, das regelmäßig in deutscher, französischer und englischer Sprache in den angeschlossenen Ländern zur Verteilung gelangen würde.

Durch einen weiteren Beschluß wurde festgelegt, daß die Kongresse künftighin alle zwei Jahre stattfinden sollen. — Heber

Arbeitsinspektion im Bergbau

sprach Jarolim-Tschechoslowakei. Er begründete folgende Entschlüsse, welche einstimmig Annahme fand:

Durch die natürlichen Gefahren, welche der Bergbau mit sich bringt, wird die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter ständig schwer bedroht. Diese natürliche Gefahr wird durch die Geminnsucht der Bergwerkskapitalisten noch sehr wesentlich gesteigert. Nach Ansicht des Kongresses kann die weitestgehende Sicherung für die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter nur durch eine intensive Kontrolle des Bergbaues und seiner Einrichtungen erreicht werden. Der Kongreß fordert daher die sofortige Einführung von vom Staate besoldeten und von den Bergarbeitern gewählten Bergwerksinspektoren.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung

behandelte der Kamerad Delattre-Belgien. In seinem Referat betont er, daß die Arbeiter der fossilen kapitalistischen Wirtschaftssysteme geopfert werden. Er empfiehlt folgende Entschlüsse:

Der Internationale Bergarbeiterkongreß erklärt:

1. Die über die ganze Welt verbreitete Krise findet ihre hauptsächlichste Erklärung in der Anarchie der heutigen Produktion und Verteilung der Reichtümer. Auch haben die durch den Krieg verursachten Schwankungen der Währungsamessung zu ihrer Verschärfung beigetragen. Es sind daher vor allem Maßnahmen auf diesem Gebiete nötig und der Internationale Bergarbeiterkongreß unterstützt in diesem Sinne die von der Amsterdamer Internationale bei verschiedenen Gelegenheiten, namentlich auch die anlässlich ihrer Apriltagung in Rom gefassten Beschlüsse.

2. Die Kohlenkrise stellt nur eine Seite der allgemeinen Krise dar, aber die im Friedensvertrag Deutschland auferlegten Kohlenlieferungen verschärfen das Uebel noch, indem sie in gewissen Ländern eine Anhäufung von Vorräten bewirken, während sie andererseits den Kohlenmangel in Deutschland verschärfen. Der Kongreß ist daher der Meinung, daß diese Frage einer neuerlichen Prüfung unterworfen werden muß und beauftragt gleichzeitig den in Genf gefassten Entschluß, der die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Regelung der Kohlenfrage empfiehlt.

3. Ehe jedoch Maßnahmen in Anwendung kommen, die geeignet sind, die Ursachen der Arbeitslosigkeit an ihrer Wurzel zu fassen und zu beseitigen, müssen ihre Opfer geschützt werden. Die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter sind in keiner Weise für die Krise verantwortlich. Sie sind vielmehr ihre Opfer und es nur recht und billig, sie vor ihren Folgen zu schützen. Das Risiko der Arbeitslosigkeit muß aufgestellt werden zwischen dem Staat als dem Vertreter der Gesellschaft, dem Unternehmer als dem Nutznießer der Arbeit und schließlich dem Arbeiter selbst, der sich der Einsicht einer beratigen Hilfsmaßnahme nicht verschließen kann.

In Ansehung aller dieser Gründe fordert der Kongreß die allgemeine Durchführung der Arbeitslosenversicherung unter Anteilnahme von Staat, Unternehmer und Arbeiter.

Verbot von Unterarbeit für Frauen und Jugendlichen

sprach Kamerad Schmidt-Deutschland (S.D.). Er führte an, daß die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen im Bergbau stark zugenommen habe. Im Jahre 1921 seien rund 20 000 Frauen und 41 000 Jugendliche beschäftigt worden. Die Arbeit in den Bergwerksbetrieben, die schon starke Menschen tödlich, wirkt besonders verheerend auf die Körper der Frauen und unserer Nachwuchs, der Jugendlichen. Folgende Entschlüsse wurden hierzu angenommen:

In allen bergbaurelevanten Ländern, wo noch Jugendliche unter 16 Jahren oder weibliche Arbeitskräfte in den Gruben arbeiten, ist dies gesetzlich zu verbieten.

Kamerad Gusemann sprach alsdann über die Arbeitszeit.

Aus seiner Rede entnehmen wir folgendes: Auf den Internationalen Bergarbeiterkongressen wurde stets die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit verlangt und zwar die Festsetzung der Höchstuntergrenze einschließlich Ein- und Ausfahrt. Die Unternehmer lehnten stets ab, es müßte ein harter Kampf geführt werden. Der schreckliche Krieg und die folgenden politischen Umwälzungen haben in mehreren Ländern zu Änderungen der Arbeitszeit geführt. In Belgien, Österreich, Frankreich, Holland, Polen und der Tschechoslowakei ist die Schichtzeit auf 8 Stunden festgelegt, in Großbritannien und Spanien gilt die Sechsstundenfrist, während aus Amerika noch von einer acht bis zehn stündigen Schicht berichtet wird. In Deutschland, wo früher auch acht bis zehn Stunden gearbeitet wurde, beträgt ab 7. April 1919 laut Abkommen die Schichtzeit sieben Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Steinkohlenbergbau, ausschließlich Oberflächlen, Mansfelder Kupfer- und Zinkbergbau arbeitet acht Stunden, alle anderen unterirdischen Bergbau 7 1/2 Stunden. Die Ubertagearbeit beträgt acht Stunden mit einer halbstündigen Pause.

Die deutsche Kohlennot und Erfüllung der Reparationspflichten machen teilweise Ueberführungen erforderlich. Die Unternehmer versuchen aus diesen Ursachen eine Arbeitszeitveränderung. Reiner Streik das Schichtgesetz vom 28. Juli 1922. Trotzdem wir in Deutschland dieses Gesetz haben, hoffen wir, daß der Kongreß unserem Antrag zustimmt, damit auch in anderen Ländern eine bessere Regelung der Arbeitszeit erfolgt.

Das Ziel der organisierten Bergarbeiter muß sein, auf Verwirklichung der Bergbauarbeit zu drängen, um zu erreichen, daß der Bergmann in möglichst kurzer Schichtzeit eine hohe Produktion erzielt.

Kamerad Gusemann schlug dann folgende Entschlüsse vor, welche einstimmig Annahme fand:

Da die Bergarbeiter in neuester Zeit versuchen, eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeizuführen, ist es nötig, daß die Bergarbeiterorganisationen aller Länder sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Verlängerung der jetzt bestehenden Arbeitszeit

Die Akademie der Arbeit in Gefahr?

Vor mir liegt ein Artikel von B. Zimmer aus der „Glocke“, der sich mit dem Fortbestehen der Akademie der Arbeit beschäftigt und aus dem hervorgeht, daß die Akademie ernstlich gefährdet ist. Als Verfasser des ersten Beitrages fühle ich mich verpflichtet, einiges hierzu zu sagen. Besonders möchte ich mich deshalb veranlassen, weil ich von der Arbeitsstätte zur Akademie der Arbeit gekommen bin und wieder an die Akademie zurückgekehrt bin. Um beider wird es sein, wenn ich meine Eindrücke wiedergebe, die ich dort empfangen und mit noch Jüngere nenne.

Freudig bin ich am 1. Mai 1921 nach Jena zurückgekehrt, das Herz voll von Dankbarkeit gegen meine Organisation, die mir Gelegenheiten gab, mein Wissen zu befruchten. Mit gewissen Erwartungen hatte ich der Dinge, die da kommen sollten. Als „Mitarbeiter“ wurden wir begrüßt. Wir sollten dem Sekretär, dem Geschäftsführer der handwerklichen Organisation übermitteln, und jeder sollte diesen ein wenig einfließen in das Geistesleben der Akademie. Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen produktivem und geistig lebendem Arbeit sollte geschaffen werden.

Es mag vielleicht gut sein, einmal von vornherein auszusprechen, daß beide Teile enttäuscht worden sind und zwar insofern, daß jeder Teil von dem andern mehr erwartet hat als er zu geben vermochte. Die „Mitarbeiter“, ich möchte sie nun „Hörer“ nennen, waren aus so verschiedenen Klassen und Berufen zusammengebracht und hatten nach alter und Uebungensichtung so verschiedene Weltanschauungen, daß die Hörer unter sich schon Enttäuschungen erlebten, und es muß auch gesagt werden, daß eine innige Gemeinschaft der Hörer in der Gesamtheit bis zum Schluß des Jahres nicht entstanden hat. Dasselbe traf auch, wenn auch nicht in demselben Maße, auf den Lehrkörper zu. Waren doch auch dort Weltanschauungen vom Anhänger der Monarchie bis zum Kommunisten vertreten. Sogar die zur Gründung dieser so verschiedene Zusammengefügten Klasse war geringfügig vorhanden. In Ordnung hat es auch nicht gefaßt, denn die Geister plagten oftmals hart aufeinander.

Ich für meine Person konnte mich ganz besonders nicht als „Mitarbeiter“ annehmen, sondern als Zuhörer, denn wer in der praktischen Tätigkeit steht, hat nicht die Gelegenheit, sich auf allen Gebieten des Wissens und der Theorien so zu betätigen, wie es der Stoff und der Reichtum des ersten Jahres vorgegeben hatte. In erster Linie möchte ich hervorheben, immer neue Wege in das Gebiet des Geistes führen sich mir auf. Immer neue Gesichtspunkte der Weltanschauung treten mir entgegen. So hat ich, um auf dem Laufenden zu bleiben, mich in

die betreffende Literatur einarbeiten mußte. Selbstredend konnte ich immer nur an den einzelnen Wissenschaften nippen, denn der Stoff war ja so vielseitig, um zu lernen, den Stoff gründlich zu beherrschen. Dazu war die Zeit zu kurz. Dieses hat ein großer Teil der Hörer als einen Nachteil empfunden. Viele glaubten, es müßte möglich sein, in den neun Monaten sich gründliches Fachwissen anzueignen, um als „Mitarbeiter“ der Arbeit und dem Volk entgegenzutreten zu können. Die dies geglaubt haben, sind enttäuscht worden und bringen aus diesem Grunde der Akademie der Arbeit nicht mehr das Interesse entgegen, das sie verdient.

Die Ansicht ging bei vielen dahin, daß dem „Dinge“ das Genie abgehandelt werden müßte, denn es wurde ja nicht ausschließlich ihre Weltanschauung gelehrt. Nichts ist meiner Ueberzeugung nach verkehrter, als diese Auffassung über den Zweck der Akademie der Arbeit. Verschiedene Weltanschauungen haben auf dem Lehrplan. Mit Dankbarkeit erwähne ich mich dieses Lehrplanes, der trotz seiner Mängel mit manchen wertvollen Einblick in die Auffassungen bürgerlicher Weltanschauungen gegeben und mich in meiner sozialistischen nur gefaßt hat. Freilich habe ich auch erkannt, daß manche sozialistische Theorien, wie die von Kautskischer Seite vertreten worden ist und zurzeit noch vertreten werden, heute noch Utopien sind.

Wie wertvoll sind mir z. B. die Vorlesungen eines Franz Oppenheimer gewesen, der unterer Meister Wort nach der landwirtschaftlichen Seite hin ergänzen will. Die Frage der Landwirtschaft wird jedenfalls einmal das Kernproblem der deutschen Arbeiter für die Zukunft bilden müssen. Da ist es doch von unerschütterlichem Vorteil, wenn man einmal ernsthaft über die Theorien Fr. Oppenheimer nachdenkt. Aber auch andere wertvolle Vorträge — ich erinnere an Strümpfers „Arbeitsrecht“, Leders „Volkswirtschaft“, und andere mehr — sind doch wirklich wert, daß von Seiten der Arbeiterschaft alles drangesetzt wird, diese in die breite Volksmasse zu tragen.

Selbstredend ist die Frage innerhalb der Gewerkschaften diskutiert, ob die Akademie der Arbeit in Zukunft weiter bestehen soll, so kann meiner Ueberzeugung nach das Ergebnis nur in zustimmendem Sinne ausfallen. Sollte die Arbeiterschaft wirklich nicht so viel Energie aufbringen, um sich eine Einrichtung, wie die der Arbeiter oder Arbeitervereine und deren Lebenslicht auszuklöpfen sich alle Reaktionen mit Freude bereit erklären würden, dann läte es mir um die Arbeiterbewegung leid, dann wäre dies doch höchste Reichen, daß die Arbeiterschaft noch sehr weit davon entfernt ist, einmündig die Produktion in die Hände zu nehmen und dieselbe so zu steuern, daß der Gesamtzweck ein besseres Leben zu führen imlande ist als unter dem heutigen kapitalistischen System. Fortschrittler werden wir die Arbeit, das Wissen, das Licht und die Freiheit, wie die Arbeit der Arbeiterschaft übermitteln werden soll, sollen durch dieselbe Arbeiterschaft wieder zerstreut werden. Welch ein Widerspruch!

Welch ist die Akademie der Arbeit noch nicht das, was wir wünschen, dazu bedarf es wahrscheinlich noch vieler Versuche und vor allen Dingen Befreiung der Voraussetzungen. Ich meine damit Befreiung unserer Volksschulverhältnisse und vor allen Dingen Befreiung unserer Lebenslage durch ausreichende Nahrung, Kleidung und Wohnung, damit die Arbeiterschaft nicht abtun muß, wie es leider fast der Menschheit hat, unter dem Druck des internationalen Imperialismus. Diesen zu erkennen, muß das Ziel der Klassen sein, denn mit dieser Erkenntnis betreten wir den Weg zur Überwindung dieses entsetzlichen Zustandes. Erkennen jedoch kann nur eine geistig reifere Arbeiterschaft etwas. Deshalb müssen wir fordern eine geistige Umkehrung der Arbeiterschaft von der ersten Schulbank bis zur Akademie der Arbeit.

Nachdem viel wird auch die Frage diskutiert werden: Wer soll auf die Akademie geschickt werden? Oftmals wird diese Frage von rein geschäftsmäßigem Standpunkte aus beurteilt werden, indem man sagt, nur Angestellte sollen hingeschickt werden, da man von in „Arbeit stehen“ nicht die nötigen Vorteile hat und dieselben der Organisation teuer zu stehen kommen. Man kann darüber geteilter Meinung sein. Ich lebe auf dem Standpunkt, daß eine Ausschaltung dieser Kräfte verkehrt wäre. Im Gegenteil: gerade diese Leute, die mit der Arbeiterschaft in intimer Verbindung auf der Arbeitsstätte stehen, sollen, wenn sie sonst geeignet sind, herangezogen werden.

Hätten wir doch an jeder Arbeitsstätte wirkliche geistige Zentren, die im tätigen Kontakt mit dem berufsmäßig politischen und gewerkschaftlichen Führer draußen und mit dem Arbeiter in der Werkstatt stehen, unsere Arbeiterbewegung würde ein einziges Granitstück sein, an dem sich der Kapitalismus die Zähne ausbeißten würde. Freilich ist das aber nicht nötig, daß diese von der Schule an die Arbeitsstätte zurückgekehrten Leute nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern daß sie von ihren Verbänden dazu angehalten würden, ihr Wissen in den Dienst der Arbeiterschaft zu stellen. Es wäre falsch, diese Leute mit irdischen Verwahrlosungen zu befallen, sondern dieselben müßten gezwungen werden, zu den großen Tagesfragen gegenüber den Zentralisierungen Stellung zu nehmen. Selbständiges Denken ist Voraussetzung dazu. Dazu soll die Akademie der Arbeit ihre Hörer erziehen.

Meine Meinung geht also dahin: die Akademie der Arbeit darf nicht wieder verschwinden, im Gegenteil, dieselbe muß durch eifernen Fleiß und energiegelassen Willen ausgebaut werden. Von ihr aus müssen der Arbeiterschaft die geistigen Führer zugeführt werden, die imlande sind, die Arbeiterschaft einer besseren und glücklicheren Zukunft entgegenzuführen und die Arbeiterschaft zu wirklich freien selbstbestimmten Menschen zu machen.

menden. Zugleich muß mit aller Energie darauf hingewirkt werden, daß in allen Ländern die lebenswichtige Schichtzeit, eingeführt, Ein- und Ausfahrt, geschlechtlich garantiert wird.

Geno ist durch Gesetz die Schichtzeit vor Arbeitsorten mit einer Temperatur von über 28 Grad zu regeln. Die Schichtzeit für Arbeiter, die vor Arbeitspunkten beschäftigt sind, wo die Temperatur über 28 Grad beträgt, soll sechs Stunden, bei über 32 Grad fünf Stunden betragen. Mit fortschreitender Technik sind weitere Verkürzungen der Schichtzeit anzustreben.

Der fünfte Verhandlungstag begann mit der Beratung der Sozialisierungsfrage. Der Kamerad Proxil-Tschichomskoi leitete die Aussprache ein mit einem kurzen Referat. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der in Frankfurt a. M. tagende Internationale Bergarbeiterkongress bekräftigt neuerlich den Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses vom 2. August 1920 zu Genuß über die Sozialisierung des Bergbaues. Der Kongress ist der Meinung, daß die fortschreitende Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise dazu führt, daß der ganze Bergbau in wenigen Händen monopolisiert wird. Durch die Monopolisierung der Bergwerkstabilitäten werden indes nicht nur die Bergarbeiter bedroht; sie schädigt auch die überwiegende Zahl der Menschen in allen bergbauverarbeitenden Staaten. Diese Bedrohung der arbeitenden Bevölkerung seitens der Bergwerkskapitalisten ist nur durch die soziale Führung des Bergbaues zu beseitigen.

In Anbetracht dessen empfiehlt der Kongress allen dem Internationalen Bergarbeiterverband angeschlossenen Bergarbeiterorganisationen, in ihrem Lande mit allen ihnen als zweckmäßig erscheinenden Mitteln die Sozialisierung des Bergbaues anzustreben. Zu diesen zweckmäßigen Mitteln, welche die Sozialisierung fördern, zählt der Kongress auch die Steigerung des Einflusses der Bergarbeiter auf die Betriebsführung und die Verwaltung des Bergbaues sowie Organisation des Kohlenhandels.

Zur internationalen Regelung der Rohlenwirtschaft sprach Kamerad Wohl-Tschichomskoi. Ein Beschluß wurde hierzu nicht gefaßt. Die Frage wurde dem Internationalen Komitee überlassen, welches so bald wie möglich einen Bericht über den Stand der Rohlenwirtschaft in den einzelnen Ländern vorlegen und die notwendigen Schritte einleiten soll.

Als nächster Kongressort wurde Prag gewählt. Der Kongress nahm dann Stellung zur Reparationsfrage, worüber wir schon in voriger Nummer berichteten.

In das Internationale Komitee wurden folgende Kameraden gewählt: für Großbritannien: H. Smith, Stephan Walsh; für Frankreich: J. Gogbes, W. B. Richardson, L. Ashton; für Belgien: Josef Delardin, Alfred Lombard, Achille Delattre; für Frankreich: E. Bortuel, Bonassius, E. Luemlin; für Amerika: John Dennis, Wm. Green; für Tschechoslowakei: Anton Jarosik, Karl Proxil, J. Dragl; für Jugoslawien: M. Gobal; für Deutsch-Oesterreich: J. Zwanziger; für Luxemburg: Th. Ober; für Holland: van de Vilt; für Deutschland: H. Sufemann, G. Wilmann, H. Limberg.

Zum Schluß richtete noch Kamerad Sufemann einige heralthe Worte des Dankes an die ausländischen Delegierten. Der Präsident Smith-England erinnerte, daß sie im Verlaufe des Kongresses bekannt geworden sind mit den Vätern der Deutschen. Die Internationale habe noch schwere Aufgaben vor sich, deren Lösung durch Stärkung der Organisation in den einzelnen Ländern erreicht werden muß.

Unter Abhängen der Internationale gingen die Kongreßteilnehmer auseinander.

Grubenunfälle und ihre Ursachen.

In der letzten Zeit vergeht fast kein Tag, wo nicht ein Grubenunfall mit tödlichem Ausgang, von den Zeitungen gemeldet wird. Eine kurze Notiz und für die Öffentlichkeit ist die Sache erledigt. Das Unglück muß schon größeren Umfang annehmen, wenn die Allgemeinheit darauf aufmerksam gemacht werden soll. Derartige Unfälle haben nun in der letzten Zeit mehrere stattgefunden und es ist Zeit, daß nach einmal ein ernstes Wort dazu gesagt wird. Vorausgeschickt muß werden, daß der Bergarbeiterverband von Anfang an alles getan hat, um Grubenunfälle zu verhindern. Leider ist auf die mahnende Stimme der Arbeiterkreise von maßgebender Seite nicht geantwortet worden. Die neue Zeit hat zwar etwas Änderung geschaffen insofern, daß man Maßnahmen entgegennimmt. Im übrigen scheint alles beim alten geblieben zu sein, sonst könnten die Unfälle der letzten Zeit nicht in dem Maße ereignet haben.

Betrachten wir uns die neuesten Massenunglücke im Ruhrgebiet. Am 31. Mai d. J. fand auf der Zeche Amalie in Essen eine Kohlenstauberplosion statt, welche 23 Tote und 29 Verletzte als Opfer forderte. In den Zeitungen ist über dieses Massenunglück und seine Ursache eingehend geschrieben worden. Trotz eingehender Untersuchung der Bergbehörde und der Grubenuntersuchungskommission ist es unmöglich, denjenigen zu finden, der für dieses Unglück die Verantwortung zu tragen hat und tragen will. Die Zecheverwaltung macht es sich leicht, indem sie in einer Inschrift an die Tageszeitungen den verunglückten Hilfssteiger Friedrichs für dieses Unglück verantwortlich macht. Friedrichs ist tot, er kann nicht mehr reden. Daß er sich in letztmöglicher Weise vergangen hat, soll nicht bestritten werden. Wer aber kennt das Vorgehen? Friedrichs hat sich auf nicht recht mächtige Weise in den Besitz von Dynamit gebracht, um eine Selbsttötung in einem abgebauten Stapel Sprengen zu lassen. Die Sprengschiffe haben Kohlenstaub zur Explosion gebracht. Hier ist die Frage aufzuwerfen: Welche Maßnahme hat die Verwaltung getroffen, um zu verhindern, daß überhaupt ein Unbekannter in den Besitz von Dynamit kommen kann? Es wird selbst von der Verwaltung nicht bestritten werden können, daß der Beamte im guten Glauben gehandelt hat, um so mehr, als kurz vor dem Unglück ein Vorgesetzter dem zuständigen Reibsteiger Vorkahrungen machte über alles Material, welches in dem abgebauten Stapel noch lagerte und auszubauen war. Ueber den Aufbau der Selbsttötung, wo der Stempel der Explosion zu suchen ist, will eigentümlicherweise niemand geredet und auch dem toten Friedrichs keinen Auftrag zu dieser Arbeit gegeben haben. Trotzdem bestellt der betreffende Hilfssteiger auf eigene Verantwortung (?) Arbeiter für Nachforschungen, um die fragliche Selbsttötung auszubauen. Zurückschließen sich diese Angaben nicht aneinander, kein Mensch glaubt sie jedoch. Wäre der Ausbau der Selbsttötung auf die von dem Hilfssteiger vorgenommene Art gescheit, hätte die Öffentlichkeit von dem Verbrechen nichts erfahren. Es war aber Kohlenstaub vorhanden, der durch die Dynamitsprengschiffe zur Explosion gebracht worden war.

Ohne Kohlenstaub keine Explosion und keine 23 Tote und viele Verletzte! Hier drängt sich die Frage auf: Wer trägt für das Vorkommen von Kohlenstaub die Verantwortung? Nach den vorgenannten Untersuchungen ist kein Verantwortlicher zu finden. Die Zecheverwaltung hat Anordnung gegeben, daß in den Förderstrecken berieftelt wurde, und trotzdem hat gerade in der Förderstrecke die Explosion die meiste Wirkung gefunden und die meiste Verletzung angerichtet. Wollen wir in Zukunft derartige Verbrechen, dann müssen wir eine verantwortliche Persönlichkeit haben. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß die Schuld von einem auf den anderen abgewälzt wird und den letzten dann die Hände fehlen. In den meisten Fällen ist der Betreffende dann tot und kann sich gegen die Aufbahrung aller Schuld nicht mehr wehren.

Soll aber in Zukunft verhindert werden, daß durch Dynamit Schlagwetter und Kohlenstaub entzündet werden, dann muß das Dynamit aus der Grube heraus. Erfolgreich ist, daß die Bergbehörde sich für ein Verbot von Dynamit in der Grube einsetzt; unverständlich ist jedoch, daß sich die Bergbehörden in den einzelnen Kommissionen gegen dieses Verbot haben wehren. Passiert dann aber ein Massenunglück, dann machen sich die Bergbehörden rein und alle Verantwortung hat der Untergebene zu tragen.

Bei dem Grubenunglück auf Mont Ceriz, wo durch einen Stempelbrand Rauchschwaben entstanden, ein Arbeiter getötet und ein Beamter verletzt wurde, hat es sich gezeigt, daß, wie auf Amalie, die Verwaltung versucht hat, die Verantwortung für den Brand den Arbeitern aufzuladen. Dieser Brand ist der dritte auf genannter Zeche und über die Entstehung gehen die Meinungen auseinander. Fest steht, daß gerade auf dieser Zeche so manches der "Übermang" beobachtet, denn man hat festgestellt, daß zwar die Wasserleitung bis zum Brandherd reichte, aber der nötige Druck fehlte. In diesem Falle scheint es ebenfalls ausgeschlossen, die Verantwortung zu finden, die für diese Nachlässigkeit verantwortlich zu machen ist. Statt diese Mängel zu beheben, belächelt die Bergbehörde die Bergarbeiter. Zeitung mit dem

Unterfuchung ein Zeuge erklärte, er wüßte, bevor er Aussagen machte, daß er gegen die Willkür einzelner Angestellten der Zeche gekämpft sei. Wir nehmen mit Bestimmtheit an, daß der Arbeiter alle Ursache gehabt hat, beratiges von der Behörde zu verlangen.

Das dritte große Unglück ereignete sich am 27. Juli auf der Zeche Neu-Isferloh n. 1. Während der Kohlenförderung reißt das Unterseil ungefähr 25 Meter unterhalb des Tages. Ob es jemals gelingen wird, Maßnahmen zu ergreifen, die mit positiver Sicherheit einen Selbstbruch verhindern, das überlassen wir der Zeit und dem Erfindergeist. Dieser Selbstbruch brauchte nicht dazu zu führen, daß 5 Tote und 11 Verletzte auf dem Schlachtfeld der Arbeit blieben. Ein bißchen mehr Verantwortungsgelühl, dann wäre Kummer und Sorge von den Familien der Verunglückten ferngehalten worden. An diesem Unglück scheint uns das Bestreben eines Beamten, so schnell wie möglich die Förderung wieder in Gang zu bringen, die Hauptursache zu sein. Es wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen einwenden, wenn ein Beamter, ob hoch oder niedrig, das Bestreben hat, eine Störung des Betriebes schnell zu beseitigen. Wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden müssen, ist, daß man in erster Linie die wirtschaftliche Seite im Auge behält und dabei vergißt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt werden müssen. Fest steht, daß man ohne Unterfuchung des Schichtes Leute gefordert hat, nachdem man abgerissene Seile von den Förderstrecken entfernt war. Wir wollen den Beteiligten den guten Glauben, der Schacht sei in Ordnung, zugute halten. Das genügt aber nicht, es wurden Menschen nicht gefördert werden, bevor der Schacht untersucht und in Ordnung war. Da die Unterfuchung noch nicht abgeschlossen ist, wollen wir uns jedes weiteren Urteils enthalten. Wie wir hören, ist gegen den Steiger Brinkmann Anklage wegen Vergehen gegen die bergpolizeilichen Vorschriften erhoben worden. Der Fahrsteiger Weininghaus ist dadurch der Verantwortung enthoben.

Soll es anders werden, dann muß bei allen Beteiligten mehr Verantwortungsgelühl Platz greifen. Ist dieses bei den Werkverretern nicht vorhanden, um so mehr haben dann die Arbeiter und Angestellten Ursache, darauf hinzuwirken, daß sich niemand vor der Verantwortung drückt. Wenn irgendwelches Vorwort, beliebt man so gern die Schuld auf den Untergebenen abzuwälzen, ist aber nicht genügt, dem Untergebenen das Recht zu gewähren, daß er nach bestem Wissen und Gewissen Maßnahmen ergreifen kann, um Gefahren vorzubeugen und Unfälle zu verhindern. Dieses wird von Unternehmenseite bestritten und doch ist es so. Ist etwas passiert, dann wird immer gesagt, der Steiger hat Freiheit im Handeln. Passiert aber nichts und er hat etwas unternommen, was nach seiner Ansicht Unfälle verhindern kann, aber Geld kostet, dann sind die oberen Herzen immer anderer Meinung. Es hätte anders, besser gemacht werden können, was billiger, wirtschaftlicher gewesen wäre. Will man dem Untergebenen die Verantwortung aufbürden, muß ihm auch Bestimmungsrecht gewährt werden. Es ist darum Aufgabe der Behörde, dafür zu sorgen, daß für die Betriebe Persönlichkeiten bestimmt werden, die Bestimmungsrecht haben, aber dann auch die Verantwortung tragen müssen.

Die Bitterkeit gibt sich Mühe, Erfindungen zu machen, um den Bergarbeiter zu schützen, die Bergbehörde erläßt Verordnungen, um Unfälle zu verhindern, aber was nützt es, wenn die Verordnungen auf dem Papier stehen und die Persönlichkeiten feststehen, die für die Einhaltung haften. In den meisten Fällen wird bei Unfällen den Bergarbeitern die Schuld in die Schuhe geschoben. Man versucht sogar, stattdessen nachzuweisen, daß der größte Prozentsatz der Unfälle auf Selbstverschulden zurückzuführen sei, vorlagt er dabei, zu unterfuchen, wo die wirkliche Ursache zu finden ist. Viele Begleiterscheinungen im Bergbau tragen dazu bei, daß der Bergmann als der Schuldige hingestellt wird, obwohl er unschuldig ist. Wir wollen auf das Geben von Holz zum Ausbiss hinweisen. Fest ist das Holz, soll die Arbeit eingestellt werden. Geschieht es, so ist Vorkausfall die Folge und in sehr vielen Fällen sind darüber, ob genügend Holz vorhanden ist oder nicht, die Verwaltungen anderer Ansicht als der Arbeiter. Voraussetzung für einen wirklichen Schutz der Bergarbeiter ist, wirklich verantwortungsbolle Persönlichkeiten für die Betriebe zu finden. Verantwortung kann nur getragen werden von demjenigen, der auch zu entscheiden hat. Will man dem Arbeiter die Verantwortung für seine Arbeitsstelle im einzelnen übertragen, dann kann es nur geschehen bei einer Lohnregelung, die es dem Arbeiter ermöglicht, die Verantwortung zu übernehmen.

Nochmals Offiziere im Bergbau.

Unsere Hinweise, daß auch im Bergbau Orgeschäftsbüchliche untergebracht werden, scheinen sich bei den Bergbehörden und ihren Vertretern keiner großen Liebe zu erfreuen. Man versucht deshalb, durch Zeitungsnotizen und Veröffentlichungen eine Verfeinerung. Heute sind wir in der Lage, folgendes Rundschreiben der "Rano" (Reichsarbeitsgemeinschaft nationalitätlicher Offiziere?) an die Zecheverwaltungen zu veröffentlichen:

Essen, den 29. Juli 1922. Hiemardstr. 18.

An die Verwaltung der Zeche . . . . . Wir erlauben uns, auf unser Schreiben vom 23. Mai d. J. zurückzukommen. In der Sitzung des Zecheverbandes Bezirk Essen am 26. 1. 1922 erklärten auch Sie sich bereit, die Rano zu unterstützen und zwar mit 50-60 Pf. je Kopf der Belegschaft. Wir bitten höflich, darauf, den auf Sie fallenden Betrag auf das Konto Rano bei der Essener Creditanstalt gütigst überweisen zu wollen.

Ganz außerordentlich dankbar würden wir es begrüßen, wenn Sie uns bei Aufhebung von Stellen durch unterstützen, daß Sie uns mitteilen, welche Vorkenntnisse usw. gefordert werden, damit wir aus der großen Zahl der von uns betreuten Herren vielleicht einige vorschlagen können. Ein großer Teil von ehemaligen Offizieren ist noch in sehr untergeordneten Stellen untergebracht. Am 1. Oktober gehen viele Feldwebel der Reichswehr nach 12jähriger Dienstzeit ab, die nicht alle als Beamte im Staats- oder Kommunaldienst unterkommen können und nach ihrer Vorbildung verschiedene Posten übernehmen können. Hochachtungsvoll gez.: Dr. Drosbach.

Wir haben schon einmal den Verbot ausgesprochen, daß die Grubenherren die geheimen Orgeschäftsbüchlichen unterstützen. Das Rundschreiben erscheint uns als Beweis. Bei den nächsten Kohlenpreiserhöhungen muß den Grubenherren ein besonderer Zuschuß gewährt werden, damit sie ihren Verpflichtungen gegenüber diesen Organisationen besser nachkommen können.

Den Staatsanwalt machen wir darauf aufmerksam, daß er sich diese "Rano" samt ihrer Kasse genauer ansehen. Auch die Zecheverwaltungen, welche für diese Zwecke Gelder hergeben, dürften sein Interesse erregen. Unserer Ansicht nach gehören die Gelder der Allgemeinheit, denn sie werden in Form von Kohlenpreiserhöhungen aufgebracht. Reichslohnerrat dürfen den Unternehmern keine Gelder bewilligen, welche an ortsübliche Offiziersverbindungen verschleudert werden.

Die Herren der "Rano" müssen bei den Zecheherren gut im Zeit sitzen. Sie beschwerten sich bitter, daß noch immer ein großer Teil von ehemaligen Offizieren in untergeordneten Stellen sitzen. Freilich, ein "Kartell" hat Anspruch auf die besten Stellen, selbst wenn er so viel von der Arbeit versteht, wie eine Kuh vom Sellstanz. Die Augen auf, ihr Kameraden und Angestellten - es kann die Gelegenheit kommen, wo ihr ein übliches Schwärzgerüst auszurücken haben werden.

Zu unserer Notiz unter obiger Überschrift in Nr. 31 der "Bergarb.-Zeitung" erhalten wir folgende Zuschrift:

Es ist nicht zureichend, daß Oheim 1922 auf die Bergleute ein Schiller aufgenommen worden ist, dessen bergmännische Praxis erst am 8. Februar 1921 begonnen hat. Da der Staatsrat der 15. April war, liegt in jedem Falle der Beginn der Praxis vor dem 15. Januar 1921. Bis die Bergleute die Befähigung zum Steiger erhalten, vergehen mehrere Jahre. So daß die Mindestpraxis für den bergschulmäßig geschulten Grubenbeamten auch im Ausnahmefall der längsten Kriegszeitnahme noch immer 3 1/2 Jahre beträgt, während 3. 5. der Diplom-Bergingenieur, der Steiger nicht, nur über eine einjährige Praxis verfügt.

Was hier Herr Professor Heide sagt, ist notwendig. Es wäre nur ein Schritt im Worte oder Daten. Darauf es uns ankommt, ist in dem Rundschreiben der "Rano" an die Zechen festgelegt, nämlich: Unterfuchung irgendwelcher Offiziersverbindungen mit Geld und Bevorzugung der Mitglieder dieser Orgeschäftsbüchlichen Organisationen.

Noch ein weiteres Schreiben geht uns zu obigem Thema zu. Es lautet:

Am 1. August d. J. ist auf der Schachanlage Oberhausen 1/3 ein Steiger zerlegt eingestürzt. Verlebenden Kollegen ist das unheimliche Geschehen des jungen Kollegen aufgefallen, was mich veranlaßte, in das Vorleben des v. Zerlegung einzuzugreifen. Das Resultat ist folgendes: v. Zerlegung hat es in Mülheim an der Ruhr auf dem Gymnasium zum "Einjährigen" gebracht, zog in den Krieg, kam Anfang 1919 als Leutnant d. R. zurück, wurde im Mai 1919 als Bauer (!) auf der Zeche Humboldt eingestellt (Betriebsführer Reitermann) und ist heute wohlhabender Steiger.

Sie ersehen hieraus, daß trotz des Dementis des Herrn Professors Heide es noch sehr leicht ist, Steiger zu werden. Wenn - ja, wenn man nur preussischer R.-E. ist.

Das ist so einer jener Grubensteiger, die wir meinen. Ein solcher Mann kann nichts vom Bergbau verstehen und gefördert nur das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter, und auch die Produktion.

Aus der Tarifpraxis.

Aubrerie.

Nachstehende tarifliche Vereinbarungen wurden mit den Arbeitgebern abgeschlossen, wobei wir insbesondere auf Ziffer 3 hinweisen, nachdem Ansprüche wegen des Zeitens am 1. Mai d. J. bis spätestens 1. Oktober 1922 geltend gemacht werden müssen. Unsere Mitglieder werden ersucht, bis zu diesem Termin ihre Ansprüche bei den Verwaltungen des Zechen anzufordern.

Zwischen dem Zecheverband und den Bergarbeiterverbänden besteht Einverständnis darüber, daß die am 12. Juli 1922 getroffene Vereinbarung betreffend Zahlung von Soziallohn in Krankheitsfällen am 1. August 1922 in Kraft tritt.

Ferner wurde folgendes vereinbart bezüglich derjenigen Arbeiter, welchen wegen Zeitens am 1. Mai 1922 ein Urlaubstag gestrichelt wurde:

- 1. Soweit die Arbeiter noch auf derselben Zeche beschäftigt sind, haben sie Anspruch auf Nachurlaub von einem Tag, doch soll es mit beiderseitigem Einverständnis zulässig sein, diesen Anspruch durch Zahlung des entsprechenden Lohnes nach den am dem Tage der Beschäftigung über die Parabolzahlung geltenden Lohnsätzen abzugeben.
2. Diejenigen Leute, welche inzwischen zu einer anderen Zeche abgeteilt sind, haben den gleichen Anspruch an die neue Zeche.
3. Die Ansprüche zu 1 und 2 sind bis zum 1. Oktober d. J. geltend zu machen, andernfalls sind sie hinsichtlich verfallen.

Für die Bemessung der gestrichelten Deputatslohnmenge für Arbeiter gemäß § 8 Ziffer 1 des Tarifvertrages soll die am 1. Oktober jeden Jahres nachzuweisende Zahl der Haushaltungsangehörigen für das ganze folgende Deputatslohnjahr maßgebend sein.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Zulagen zu Unfallrenten der im Inlande wohnenden Ausländer.

Das Gesetz über die Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 29. Dezember 1921 verpflichtete die Berufsgenossenschaften, nur deutschen Reichsangehörigen diese Zulagen zu zahlen. Bezüglich der im Inlande wohnenden Ausländer aber ließ das Gesetz dem Reichsarbeitsminister das Recht, mit Zustimmung des Reichsrats zu bestimmen, daß die Vorschriften des Gesetzes auch auf fremde Staatsangehörige, die in Deutschland ihren Wohnsitz hatten, Anwendung fanden. Da aber der Reichsarbeitsminister eine solche Bestimmung nicht traf, gewährten die Berufsgenossenschaften den Ausländern die Zulagen nicht, ja sie stellten sogar die Zahlung der bisherigen geringen Zulagen ein. Dadurch kamen die in Deutschland wohnenden ausländischen Kameraden in bittere Not. Sie wandten sich an uns um Hilfe. Wir haben daraufhin am 27. März 1922 an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der wir ihn ersuchten, doch zu bestimmen, daß die Zulagen auch den ausländischen Neuenempfängern gezahlt werden müßten. Als danach weder eine Antwort noch die gewünschte Bestimmung vom Reichsarbeitsminister kam, erinnerten wir unterm 3. Mai an unsere Eingabe vom 27. März. Nunmehr erhielten wir folgende Antwort:

Berlin, den 9. August 1922.

Nach der Verordnung über Ausdehnung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 29. Juli 1922 (Reichsgesetzblatt I. S. 672) werden die Zulagen in der Unfallversicherung vom 1. April 1922 ab bis auf weiteres auch fremden Staatsangehörigen gewährt, die seit dem 1. Januar 1921 ununterbrochen in Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. J. A.: Dr. Frohn.

Damit ist unseren Bemühungen ein Erfolg beschienen. Es wäre auch im höchsten Grade ungerath, daß den ausländischen Arbeitern, die ihre Gesundheit im Dienste des deutschen Kapitals geopfert haben und die zum Teil gar nicht in ihre Heimat zurückkehren können, auch wenn sie wollten, die ihnen zustehende wirkliche Entschädigung für den Unfall entzogen würde.

Grundlöhne in der Krankenversicherung.

Das Gesetz über Änderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung vom 9. Juni 1922 ermächtigt die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses des Reichstags für soziale Angelegenheiten, im Falle des Bedarfs u. a. auch die Höchstgrenze für den Grundlohn in der Krankenversicherung zu ändern. Bisher konnte nur der Reichstag selbst dies tun. Bei der letzten Erhöhung dieser Grundlöhne hat der Reichstag bekanntlich die Höchstgrenze auf 120 M. festgesetzt. Wenn schon damals im Juni ein Abschlagslohn von 120 Mark viel zu niedrig war, so hat er durch die neuerliche Entlohnung der Feuerungs- und Lohnverhältnisse noch mehr an Bedeutung verloren. Wir haben deshalb am 1. Juli 1922 den Herrn Reichsarbeitsminister in einer Eingabe ersucht, den Grundlohn wieder anderweitig zu regeln. Hoffentlich wird dieser Forderung recht bald Rechnung getragen, da die Krankenversichernden wieder in einer verzeiferten Lage sind.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Ein unverständliches Urteil.

Ein Verbandskammerad heiratete ein Mädchen, das ein vorerkranktes Kind hatte. Während des Krieges und nach demselben hatte dasselbe beim Eschweiler Bergwerksverein im Wurmrevier gearbeitet und für das Kind regelmäßig das fällige Kindergeld erhalten. Der Vater des Kindes war zum Kriegsdienst eingezogen und ist vermißt. Nachdem der Kamerad das Mädchen im vergangenen Jahre geheiratet hat, verweigert ihm der Eschweiler Bergwerksverein in seiner bekannten sozialen Selbstliebe die Weitergewährung des Kindergeldes, weil der Tarif nur ein Bezugsrecht für eheliche Kinder vorsieht. Für Stillfinder, die den Namen des Stiefvaters auch nicht tragen, wird sonst immer Kindergeld anstandslos bezahlt. Hier verlangt man die Umschreibung des Kindes auf den Namen des Kameraden.

Das Berggewerbe gerichtet kam zu einem ablehnenden Urteil mit der Begründung, der Kamerad habe dem Kinde gegenüber keine gesetzlichen Rechte und Pflichten; für den Unterhalt habe der leidliche Vater zu sorgen und im Falle dessen Unaufwindbarkeit die Gemeinde. Damit ist eine Disqualifizierung des betreffenden Kindes gegenüber dem Zustande, als seine Mutter noch keinen Mann hatte, gerichtlich justifiziert. Die vielfachen Verletzungen der sozialen Fürsorgestellen, derartige bedauernde Kinder verlorft zu sehen, werden hier gerichtlich ab absurdum geführt und ins Lächerliche gezogen. Statt die unsoziale Handlungsweise des Arbeitgebers entsprechend zu korrigieren, verweist man das Berggewerbegericht auf solchem unverständlichen Festurteil. Vom Ganzen einer anderen Zeit und weitherzigem Verständnis gegenüber den vom Schicksal Betroffenen verpönt man da keinen Schimmer. Ein solches Urteil wird in den Reihen der Arbeiterchaft kein Vertrauen auslösen, da es einen allzu troffen Beweis für die Selbstliebe preussischer Richter erbringt.

Kameraden antwortet für den Verband!

